Tenor

Die Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen und insbesondere deren Art. 5 Abs. 2 und Art. 11 Abs. 1 stehen einer nationalen Regelung wie der des Ausgangsverfahrens, die Drittstaatsangehörigen, die bereits im Besitz der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten sind, die bußgeldbewehrte Pflicht zur erfolgreichen Ablegung einer Integrationsprüfung auferlegt, nicht entgegen, sofern die Modalitäten für deren Umsetzung nicht so gestaltet sind, dass sie die Verwirklichung der mit dieser Richtlinie verfolgten Ziele gefährden. Dies zu prüfen ist Sache des vorlegenden Gerichts. Ob die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten vor oder nach Auferlegung der Pflicht zur erfolgreichen Ablegung einer Integrationsprüfung erlangt wurde, ist in diesem Zusammenhang ohne Belang.

⁽¹⁾ ABl. C 24 vom 25.1.2014.

Urteil des Gerichtshofs (Dritte Kammer) vom 21. Mai 2015 (Vorabentscheidungsersuchen des Finanzgerichts Düsseldorf — Deutschland) — Verder LabTec GmbH & Co. KG/Finanzamt Hilden

(Rechtssache C-657/13) ⁽¹⁾

(Vorlage zur Vorabentscheidung — Steuerrecht — Niederlassungsfreiheit — Art. 49 AEUV — Beschränkungen — Gestaffelte Erhebung der Steuer auf die stillen Reserven — Wahrung der Aufteilung der Besteuerungsbefugnis zwischen den Mitgliedstaaten — Verhältnismäßigkeit)

(2015/C 236/14)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Finanzgericht Düsseldorf

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Verder LabTec GmbH & Co. KG

Beklagter: Finanzamt Hilden

Tenor

Art. 49 AEUV ist dahin auszulegen, dass er einer Steuerregelung eines Mitgliedstaats wie der, um die es im Ausgangsverfahren geht, nicht entgegensteht, die im Fall der Überführung von Wirtschaftsgütern einer in diesem Mitgliedstaat ansässigen Gesellschaft in eine Betriebsstätte dieser Gesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat vorsieht, dass die mit diesen Wirtschaftsgütern verbundenen, in diesem ersten Mitgliedstaat gebildeten stillen Reserven aufgedeckt und besteuert werden und die Steuer auf diese stillen Reserven auf zehn Jahre gestaffelt erhoben wird.

⁽¹⁾ ABl. C 71 vom 8.3.2014.

Urteil des Gerichtshofs (Siebte Kammer) vom 4. Juni 2015 — Europäische Kommission/Republik Polen

(Rechtssache C-678/13) ⁽¹⁾

(Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Mehrwertsteuer — Richtlinie 2006/112/EG — Anhang III — Anwendung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf medizinische Geräte, Hilfsmittel und sonstige Vorrichtungen sowie auf Arzneimittel)

(2015/C 236/15)

Verfahrenssprache: Polnisch

Parteien

Klägerin: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: L. Lozano Palacios und D. Milanowska)

Beklagte: Republik Polen (Prozessbevollmächtigter: B. Majczyna)

Tenor

1. Die Republik Polen hat dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus den Art. 96 bis 98 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem verstoßen in Verbindung mit Anhang III der Richtlinie, dass sie einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Lieferungen von
 - medizinischen Geräten, Hilfsmitteln und sonstigen Vorrichtungen, die nicht ausschließlich für den persönlichen Gebrauch von Behinderten bestimmt sind oder die nicht üblicherweise für die Linderung oder die Behandlung von Behinderungen verwendet werden, sowie
 - Erzeugnissen, die keine Arzneimittel, die üblicherweise für die Gesundheitsvorsorge, die Verhütung von Krankheiten und ärztliche und tierärztliche Behandlungen verwendet werden, oder Erzeugnisse für Zwecke der Empfängnisverhütung und der Monatshygiene sind,im Sinne der Positionen 82, 92 und 103 des Anhangs Nr. 3 des Gesetzes über die Steuer auf Gegenstände und Dienstleistungen (ustawa o podatku od towarów i usług) vom 11. März 2004 angewandt hat.
2. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
3. Die Europäische Kommission und die Republik Polen tragen ihre eigenen Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 61 vom 1.3.2014.

**Urteil des Gerichtshofs (Vierte Kammer) vom 4. Juni 2015 — Andechser Molkerei Scheitz GmbH/
Europäische Kommission**

(Rechtssache C-682/13 P) ⁽¹⁾

**(Rechtsmittel — Öffentliche Gesundheit — Liste der für die Verwendung in Lebensmitteln zugelassenen
Lebensmittelzusatzstoffe — Steviolglycoside — Zulässigkeitsvoraussetzungen — Rechtsschutzinteresse)**

(2015/C 236/16)

Verfahrenssprache: Deutsch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: Andechser Molkerei Scheitz GmbH (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwalt H. Schmidt)

Andere Verfahrensbeteiligte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: S. Grünheid und P. Ondrůšek)

Tenor

1. Das Rechtsmittel wird zurückgewiesen.
2. Die Andechser Molkerei Scheitz GmbH trägt die Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 45 vom 15.2.2014.